Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

14.6.1864 (No. 138)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 14. Juni.

Nr. 138.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **Berlin**, 13. Juni. Hr. v. Bismarck hatte gestern im Beisein des russischen Gesandten Hrn. v. Oubril eine mehrstündige Konferenz mit dem Fürsten Gortschakoff. Darauf fand ein längerer Ministerrath statt. Abends empfing der König Hrn. v. Bismarck und den Fürsten Gortschakoff und hatte eine langdauernde Unterredung mit ihnen. Letzterer ist heute Morgen nach Kissingen abgereist. Heute fand eine Conseilsitzung im königl. Palais statt.

† **Berlin**, 13. Juni, Nachmittags. Se. Maj. der König wird am 18. d. nach Karlsbad abreisen. Hr. v. Bismarck wird ihm später nachfolgen. Prinz Friedrich Karl reist morgen in das Hauptquartier nach Schleswig zurück.

Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: Die preußische Regierung hat Schiffsankäufe gemacht, nicht in Frankreich, sondern in Amerika, und zwar von erheblichem Umfang.

Deutschland.

Karlsruhe, 13. Juni. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 23 enthält Gesetze, 1) Bestimmungen über Einführung der Strafprozeßordnung enthaltend, 2) über die Gerichtsbarkeit und das Verfahren in Polizeistrafsachen, und 3) die Ergänzung und Erläuterung der allgemeinen deutschen Wechselordnung betreffend.

Darmstadt, 12. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Erst gegen 11 Uhr in der Nacht traf der Extrazug ein, der das russische Kaiserpaar nebst seinem Gefolge hieher brachte. Von der großh. Familie im Bahnhof empfangen, und geleitet von einer noch zahlreich in den Straßen wogenden Menge, fuhren dann die Herrschaften durch die mit vielen hessischen und russischen Fahnen geschmückte Rheinstraße nach dem großh. Residenzschloß, wo die hohen Gäste abstiegen.

Kassel, 10. Juni. (Fr. J.) Die Ausschußanträge in Betreff der Oberappellationsgerichts-Frage wurde in der Ständeversammlung, nach vierstündiger Sitzung, die mit der Generaldebatte ausgefüllt wurde, angenommen. Der eine dieser Anträge, auf die Berathung der Gesetzvorlage, die Bildung eines Staatsgerichtshofs betreffend, nicht einzugehen, wurde stimmeneinhellig genehmigt; der andere, auf die Berathung des Gesetzentwurfs, die Besetzung des Oberappellationsgerichts betreffend, einzugehen, mit allen gegen drei Simmen, nämlich gegen die der Abgg. Bromm, Fack und Trabert. Diese stimmten dagegen, weil, wie der Abg. Trabert ausführte, die Berathung wegen des entgegenstehenden Standpunkts der Staatsregierung ja doch ergebnißlos bleiben werde, und weil es entschieden unräthlich sei, so, wie es der Ausschuß wolle, das den Ständen zustehende Präsentationsrecht preiszugeben, um an dessen Stelle ein bureaukratisches Präsentationsrecht eines gelehrten Gerichtshofs zu setzen. Gegen die Ausschußanträge, jedoch nur von dem ganz entgegengesetzten absolutistischen Standpunkt der Staatsregierung aus, hatte wiederholt auch der Landtags-Kommissär gesprochen; dafür, zum Theil sehr glänzend, die Abg. Oetker II., Harnier, Löbell, Wiegand, Weigel, Jungermann, Falkenheiner und Oetker I. — Abg. Sunkel aus Hersfeld ist in seiner Heimath gestorben. Präsident Nebelthau widmete ihm heute einen warmen Nachruf. — Heute Mittag fortgesetzte Berathung in der Oberappellationsgerichts-Frage.

Kassel, 10. Juni. (Fr. J.) Der diesseitige Gesandte am preußischen Hofe, Hr. v. Schachten, hält sich gegenwärtig dahier auf und hatte gestern Audienz beim Kurfürsten. Man bringt seine Anwesenheit insbesondere mit der Zollvereins-Frage in Verbindung, in der Kurhessens Entscheidung mit Rücksicht auf seine Lage von der größten Bedeutung ist.

Weimar, 10. Juni. Die „Weimar. Ztg." schreibt:

Wir berichteten schon neulich, daß der thüringische Zoll- und Handelsverein, vorläufig noch mit Ausschluß des zu Kurhessen gehörigen Gebietstheils, in Verhandlungen eintreten würde, um dem neuen Zollverein mit Preußen und Sachsen sich anzuschließen. Wie wir hören, sind diese Verhandlungen so weit vorgeschritten, daß die Unterzeichnung des Vertrags wahrscheinlich in nächster Zeit erfolgen wird. Sollte sich diese Erwartung, wie wir nicht zweifeln, erfüllen, dann dürfte sich die großh. Staatsregierung veranlaßt finden, die Verträge noch vor der Ratifikation einem außerordentlich zu berufenden Landtag zur Genehmigung vorzulegen. Denn wenn man auch hoffen darf, daß diese Genehmigung von keiner Seite beanstandet werden wird, so will es uns doch scheinen, als ob es bei einem Vertrag, der unter den jetzigen Umständen von besonderer unverkennbarer Bedeutung für das Land ist, aus verschiedenen Rücksichten geboten sei, vor der Ratifikation die Stimmen des Landes in verfassungsmäßiger Weise zu hören. Nach unserer vorläufigen Berechnung würde die Berufung des Landtags etwa in der zweiten Hälfte des künftigen Monats erfolgen.

Stade, 8. Juni. (W.-Z.) Durch das k. Ministerium ist die hiesige Landdrostei zu einem Bericht über die zu erwartenden günstigen Folgen der Anlegung des schleswig-holsteinischen Nordseekanals für unsere Provinz aufgefordert, und hat jetzt die Obrigkeiten veranlaßt, die dazu nöthigen Erhebungen zu machen.

Braunschweig, 9. Juni. Zur Zollvereins-Frage bringt die „D. Reichsztg." folgenden, anscheinend offiziösen Artikel:

Gestern hat das herzogl. Staatsministerium in vertraulicher Sitzung eine Mittheilung an die Landesversammlung gebracht, welche für unsere merkantile und industrielle Zukunft von entschiedener Bedeutung ist. Sie betrifft die Stellung Braunschweigs zum Zollverein. Aehnlich wie Sachsen und die thüringischen Staaten bereits mit Preußen Verträge geschlossen haben, um mit ihm vereint den alten Zollverein aufrecht zu erhalten, möge sonst abfallen, wer da wolle, hat sich auch Braunschweig mit Preußen und den genannten Staaten geeinigt, und so werden jedenfalls unserm engern Vaterlande die Segnungen des Zollvereins erhalten bleiben. Es würde allerdings schwer zu bedauern sein, wenn eine Anzahl bisheriger Bundesglieder des Zollvereins, namentlich Baiern, Württemberg und Hannover, in unbegreiflicher Verblendung aus dem Verein ausscheiden sollten; indessen wird der bleibende Verein in sich um so einiger, geschlossener, und in der Ausführung des preußisch-französischen Handelsvertrags um so vortheilhafter situirt sein, als mit großer Zuversicht erwartet werden darf, daß auch Baden, Oldenburg, Frankfurt und Kurhessen, welcher letzgenannte Staat bereits dem preußisch-französischen Handelsvertag zugetreten ist, der neuen norddeutschen Gruppirung sich anschließen werden, wodurch dann Bayern, Württemberg und Hannover in eine so nachtheilige und unhaltbare Situation versetzt werden würden, daß auch ihr Zurückkehren zum bisherigen Zollverein erhofft werden kann. Jedenfalls führt das energische Zusammentreten Preußens, Sachsens, Braunschweigs und der thüringischen Staaten zu einem Kern von solcher Bedeutung, daß das Zusammenhalten des gesammten alten Zollvereins viel sicherer erwartet werden darf, als wenn das bisherige thatenlose Laviren fortgedauert hätte.

Oldenburg, 9. Juni. Das heute ausgegebene Gesetzblatt publizirt eine mit Preußen in Beziehung auf dessen Jadegebiet abgeschlossene Durchmarsch- und Etappenkonvention.

Hamburg, 11. Juni. (Presse.) Londoner Berichte vom 10. Juni Abends melden, daß der Herzog v. Morny als außerord. Abgesandter des Kaisers der Franzosen am 9. in London angekommen und mehrstündige Konferenzen mit Lord Palmerston hatte. Man versichert, Morny sei der Ueberbringer eines französischen Vermittlungsvorschlages, welcher Anwendung der Abstimmung durch die Bevölkerungen von Schleswig verlangt.

Altona, 9. Juni. (Hamb. Nachr.) Von der großen nordschleswig'schen Männerversammlung bei Hadersleben ist eine Deputation nach Berlin gestern Abend abgegangen, um dort gegen jede Theilung Schleswigs zu protestiren. Sie besteht aus 9 Personen, von denen nur der Sprecher, Eisengießerei-Besitzer Bonnichsen, geläufig deutsch spricht; die übrigen Hofbesitzer im Amt Hadersleben sprechen nur das in Nordschleswig gangbare dänische Patois, verstehen aber deutsch.

Rendsburg, 12. Juni. (W. T.-B.) Eine Delegirtenversammlung, in welcher 107 Vereine vertreten waren, beschloß eine Ansprache an die Brüder in Schleswig, in Betreff Dessen, wie das Land über eine etwaige Theilung denkt; keine Theilung, keine Trennung eines freien, unabhängigen Schleswig-Holstein bis zur Königsau.

Schleswig, 9. Juni. (Schl.-Holst. Ztg.) Gestern Abend spät ist dem hiesigen Generalkommando der preußischen Armee noch eine Depesche zugegangen, nach welcher dasselbe noch erst hier verbleibt, und sämmtliche Truppentheile auch, bis weitere Ordre kommt, Halt machen, wo sie heute sind. Der Zustand der Ungewißheit ist sowohl für die Armee, wie für uns Einwohner des Landes sehr peinigend, und beide Theile würden das Auseinandergehen der Konferenz mit folgendem Draufgehen auf die Dänen mit Jubel begrüßen.

Flensburg, 10. Juni. (Köln. Ztg.) Es haben sich 28 junge Leute durch die Flucht nach Dänemark der bevorstehenden Aushebung in Schleswig entzogen.

Berlin, 10. Juni. (Köln. Ztg.) In der Konferenz soll Preußen die vierzehntägige Waffenruhe unter der Erklärung zu Protokoll zugestanden haben, daß am 26. Juni der Krieg wieder beginnen werde, wenn bis dahin nicht eine Friedensbasis oder ein Waffenstillstand zur Befriedigung Preußens festgestellt sei. Oesterreich schloß sich der preußischen Erklärung an. Eine heftige Diskussion fand, wie es heißt, über eine von den Deutschen überreichte Beschwerdeschrift statt, die einen Protest gegen das treulose Verhalten und die hinterlistige Auslegung der Waffenruhe Seitens der Dänen enthielt. Die Schrift wurde zu Protokoll gelegt. Eine neue Grenzlinie wurde von den Neutralen, so viel man weiß, nicht vorgeschlagen. Die Dänen bezeichneten die Eckernförde-Schleilinie als die einzige Bedingung, unter welcher sie das Londoner Protokoll aufgeben könnten. Die Neutralen sollen diese Auffassung unterstützt haben. Preußen bestand auf der Apenrader Linie. Oesterreich erklärte sich in überraschender Weise definitiv für die Linie Flensburg-Tondern. So wird bestimmt versichert, und Graf Bernstorff soll darauf erklärt haben, er wolle die Linie Flensburg-Tondern, die Stadt Flensburg aber mit einbegriffen, bei seiner Regierung befürworten. Der preußische Bevollmächtigte hatte bei der ersten Erklärung, welche die Apenrader Linie festhält, die Abstimmung der Bevölkerung formell beantragt. Dagegen sprachen sich die andern Mächte aus, mit Ausnahme Frankreichs, das dazu schwieg. Hr. v. Beust, der über die Grenzlinie keine Instruktion hat, soll geäußert haben, er wünsche sich für Flensburg-Tondern aussprechen zu können. In der polititischen Welt hieß es außerdem heute, die neutralen Mächte hätten sich wegen Flensburg-Tonderns geeinigt. Die Nachricht ist, wie die Vorgänge in der Konferenz beweisen, jedenfalls verfrüht. Ob bis zum 26. eine solche Einigung stattfinden wird, muß sich zeigen. Oesterreich war bei seinem auf die Linie Flensburg-Tondern gerichteten Antrag möglicher Weise von dieser Hoffnung geleitet. Sonst hört man sagen, wenn der Krieg wieder am 26. ausbrechen sollte, würde sich das Kriegsobjekt erweitern und Preußens besondere Forderungen dürften in den Vordergrund treten.

Berlin, 12. Juni. Der „Spen. Ztg." wird aus Wien von gestern Nachmittag telegraphirt: Der Kaiser von Oesterreich und Graf Rechberg reisen am 14. d. nach Kissingen. Es heißt, der Kaiser von Rußland erstrebe den Abschluß eines Vertrages zu wechselseitiger Garantie des polnischen Besitzstandes der Theilungsmächte.

◇ **Berlin**, 12. Juni. JJ. MM. der Kaiser und die Kaiserin von Rußland haben gestern früh 8 Uhr Potsdam wieder verlassen, um ihre Reise nach Darmstadt fortzusetzen. Zur Abschiedsbegrüßung Höchstderselben waren Se. Maj. der König und die Mitglieder des Königshauses, sowie das großh. mecklenburgische Fürstenpaar und der Prinz Friedrich der Niederlande nebst dem Feldmarschall v. Wrangel und dem Personal der kais. russischen Gesandtschaft auf dem Bahnhofe anwesend. Vorgestern Abend ertheilte der russische Monarch dem Ministerpräsidenten v. Bismarck eine längere Audienz.

Im Lauf des heutigen Tages kamen 170 Mann Ersatztruppen des 7. brandenburgischen Infanterieregiments Nr. 60, und 200 Ersatzmannschaften für das 8. brandenburgische Infanterieregiment Nr. 64 hier in Berlin an. Diese Mannschaften werden morgen zur Kompletirung ihrer Regimenter nach dem Kriegsschauplatz weiter befördert. — Se. Königl. Hoh. der Prinz Friedrich Karl wird noch etwa 8 Tage hier bleiben und dann auf seinen Oberbefehlshaberposten nach Schleswig zurückkehren. — Zu heute Abend wird der kais. russische Minister des Auswärtigen, Fürst Gortschakoff, aus St. Petersburg hier erwartet.

Wien, 9. Juni. Die in Iglau und Olmütz internirten Polen werden jetzt zum größten Theil entlassen, nachdem die russische Regierung sich damit einverstanden erklärt hat. Sie begeben sich theils über Dresden, theils über München in die Schweiz und nach Frankreich. Die Regierung versorgt sie mit Reisepässen und läßt solchen, die keine Mittel besitzen, Geldunterstützungen zukommen. — Der siebenbürgische Landtag hat den vom Abgeordneten Herberth gestellten Antrag, die Wirksamkeit des allgemeinen höchsten Gerichtshofs für Oesterreich auf Siebenbürgen auszudehnen, deßgleichen die Regierungsvorlage, den Amtssitz des besondern höchsten Gerichtshofs für Siebenbürgen nach Wien zu verlegen, und zwar letzteres mit 47 gegen 40 Stimmen verworfen, und mit derselben Majorität den Ausschußantrag angenommen: den Amtssitz des höchsten Gerichtshofs in Siebenbürgen zu fixiren. Es stimmten dafür die Rumänen mit Ausnahme des Hofraths Demeter Moldawan und des Gubernial-Vizepräsidenten Popp. — Zu Laibach hat die slovenische Partei über die Deutschen den Sieg davongetragen und ihren Wortführer, einen jungen Rechtskonsulenten, Dr. Etbin Costa, mit 16 von 28 Stimmen als Bürgermeister durchgesetzt.

Wien, 12. Juni. Die hiesigen Sonntagsblätter melden übereinstimmend, daß der Kaiser von Kissingen unmittelbar nach Karlsbad zur Begrüßung des Königs von Preußen reist.

Triest, 7. Juni. (A. Z.) In Pola wird nun Tag und Nacht an der Ausrüstung der Panzerfregatte erster Größe, „Kaiser Max", gearbeitet, welche den Befehl erhielt, schleunigst campagnefähig gemacht zu werden. Man muthmaßt, sie sei bestimmt, das Nordsee-Geschwader zu verstärken.

Italien.

Turin, 11. Juni. (W. T.-B.) „Stampa" erklärt die Angaben der „Köln. Ztg." über Unterhandlungen zwischen Frankreich und Italien theils für ungenau, theils für falsch.

Frankreich.

♁ **Paris**, 11. Juni. Der Kaiser, welcher heute nach Paris kommen sollte, um den Ministerrath zu präsidiren, ist nicht gekommen, und die Sitzung wurde auf Dienstag verschoben. Um die etwaigen Befürchtungen wegen dieses Aufschubs, der mit dem bereits gemeldeten Unfall zusammenzuhängen scheint, zu beseitigen, meldet die „France": „Der Kaiser ließ gestern den reservirten Theil des Parks von Fontainebleau öffnen, und erging sich, den kaiserl. Prinzen an der Hand, inmitten der Bevölkerung." Erst heute spricht die „Monde" kurz von diesem Vorfalle — alle anderen Blätter schweigen. — Der „Constitutionnel" bringt heute einen Artikel, in welchem die Hoffnung ausgesprochen ist, daß man wegen der

zwischen Dänemark und Deutschland noch strittigen „etlichen Morgen Gebiets" nicht einen Krieg wieder beginnen werde, der mehr Menschen und 10 mal mehr Millionen kosten würde, als das in Frage stehende Territorium Einwohner und Werth habe (!). — Der russische Gesandte Baron Budberg wird dieser Tage nach Kissingen abreisen, um seinen Souverän zu begrüßen. — Die erste Serie der Eingeladenen nach Fontainebleau soll nächsten Montag dahin abgehen. Von Diplomaten ist nur Hr. v. Nigra, der italienische Gesandte, auf der Liste. Fürst und Fürstin Metternich kommen erst mit der zweiten Serie, am 26. — Zum Präsidenten des Verwaltungsraths der Westbahn wurde Hr. Alfred Leroux, Vizepräsident des Gesetzg. Körpers, gewählt. — Die heutige Börse war etwas belebter, dagegen sehr flau. Rente (66.95), ital. Anl. (70.15), und besonders Cred. Mobil. (1115) war von allen Seiten angeboten.

* **Paris,** 12. Juni. Der „Moniteur" bringt heute ein kaiserl. Dekret, wodurch die Ernennung des Hrn. Renan an der kaiserl. Bibliothek zurückgenommen wird, mit der weitern Bestimmung, daß derselbe seiner Funktionen an dem Collège de France entsetzt bleibt.

Der Chevalier D. E. Wollheim de Fonseca vertheidigt heute in sehr nachdrücklicher Weise mit den Waffen des bestehenden Staats- und Völkerrechts, wie mit denen des einfachen gesunden Menschenverstands in dem „Memor. Diplom." die Sache Deutschlands, gegenüber den ungeheuerlichen Anmaßungen Englands in Bezug auf die Befestigung von Kiel und Rendsburg. Die Schlei-Linie wird von demselben mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen. Ein solches Anerbieten sei eine Schmach und Schande für Deutschland und die Bevölkerung von Schleswig.

Wenn die Konferenz — heißt es — damit ihr letztes Wort gesprochen hat, wenn sie dem Geist der Geschichte und den Nationalitätsbedürfnissen nichts Besseres darzubieten vermag, so macht sie nur Flickwerk und verschiebt höchstens den Wiederausbruch der Revolution, in deren Gefolge blutige Kriege heranziehen. Die Schley-Linie sei als Grenzscheide weder durch strategische, noch durch historische, politische und nationale Gründe zu rechtfertigen; sie sei unmöglich, und gehe sie dennoch durch, so werde sie nur die Zwietracht weiter schüren und den nationalen Haß, die Revolution und den Krieg neu entflammen, mithin gerade Das wieder heraufbeschwören, was die Konferenz endgiltig habe beseitigen wollen.

Der „Moniteur" veröffentlicht nachstehende, mit der letzten Post aus Algerien eingetroffene Nachrichten:

General Deligny schreibt von Aïn-El-Orat unterm 31. Mai, daß die aufständische Bevölkerung in dem Süden der Provinz Oran auf den bewaffneten Widerstand verzichtet habe. Sie werden jetzt mit Entsetzen inne, in welche Lage sie sich uns gegenüber versetzt haben. Indem der General sie vom Wasser abschnitt, hat er sie in die äußerste Bedrängniß versetzt. Der Umstand ferner, daß sie durch dessen Thätigkeit und Ausdauer fortwährend in Athem und in Bewegung erhalten werden, erschöpft vollends ihre Kräfte und beschleunigt ihren Untergang. Bereits sind wegen der Unterwerfung Unterhandlungen eingeleitet worden.

Der Einmarsch des Generals Jusuf in der Djebel-Amur hat alle Bergstämme veranlaßt, uns um Gnade zu bitten; sie nehmen alle Bedingungen an, die wir ihnen aufzuerlegen für gut finden, begehren den Aman und stellen Geiseln. Da die Bewohner von El-Maia, trotz dieser förmlichen Versprechungen, den Aufständigen ihre Silos (Kornvorräthe in Gruben) geöffnet haben, so hielt es der General für zweckmäßig, ein Exempel zu statuiren, und hat das Dorf zerstört.

Am 3. Juni hat General Rose, der in Dar-Ben-Abdallah angekommen war, nach einem Gefecht, das dem Feind 18 Mann gekostet hat, sich unverzüglich mit Oberst Lapasset und General Martineau in Verbindung gesetzt. Am 6. hat der Feind von neuem sein Lager mit beträchtlichen Streitkräften angegriffen. Die Fußgänger rückten unter Führung des Marabuts Si-El-Azerey entschlossen vor und wurden durch zahlreiche Reiter unterstützt. Von den nahegelegenen Höhen ermuthigten die Frauen die Kämpfenden durch ihr Geschrei. Der General, der alle seine Vorkehrungen getroffen hatte, ließ sie auf halbe Flintenschußweite herankommen und verbreitete dann durch ein wohlgenährtes Kartätschen- und Kleingewehrfeuer Unordnung in ihren Reihen, worauf er sie vollends durch einen Bayonnetangriff in die Flucht sprengte. Mehr als 200 Todte, eine große Anzahl von Verwundeten, 25 Flinten, 11 Sättel und 8 Pferde blieben in unsern Händen. Von dem kleinen Gum, der in unsern Reihen focht, wurde eine Fahne erbeutet. Dank dem Ungestüm des Angriffs war unser Verlust unbedeutend. Es geht das Gerücht, Si-El-Azerey sei im Kampf gefallen und an der Seite seiner Mutter bei den Uled-bel-Haia begraben worden.

Oberst Lapasset setzt den Flittahs fortwährend hart zu. Bereits gehen alle ihre Hilfstruppen auseinander. Die Uled-Sabeur, Uled-Gaich, Uled-Bu-Riah und sieben Stämme der Beni-Uragh haben sich dem Obersten unterworfen.

Die Lage der Provinz Constantine ist fortwährend befriedigend. Die Nachrichten, welche daselbst über unsere Erfolge im Süden und bei den Flittahs eintreffen, werden dieselbe noch verbessern.

Niederlande.

— Aus **Nieuwediep** wird unter'm 7. Juni gemeldet: Die Gerüchte über einen baldigen Abgang des hier liegenden österreichischen Geschwaders haben sich als grundlos herausgestellt. Täglich gehen ein oder zwei Schiffe desselben abwechselnd nach dem Hors, um dort Schießübungen abzuhalten.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Juni. (Nat.-Ztg.) Gestern erfolgte die feierliche Eröffnung der Eisenbahn nach Helsingör. Als um 4 Uhr Nachmittags in Helsingör die Mitglieder der königlichen Familie mit den meisten Ministern und sonstigen Notabilitäten an der Festtafel vereinigt waren, ertheilte der König in Beantwortung des ihm gebrachten Toastes die bestimmte Versicherung, daß sein höchstes Streben auf Wahrung des Rechts und der Ehre Dänemarks hin gerichtet sei, und daß „nur der Tod" diesem höchsten Streben ein Ziel setzen könne. Der Kronprinz erwiederte auf einen ihm und der Prinzessin Dagmar gebrachten Toast, daß er sein Vaterland liebe und hoffe, daß auf die gegenwärtige Zeit der Trauer Tage des Friedens folgen würden. Es schließen sich zahlreiche andere Trinksprüche an, u. a. einer des Ministerpräsidenten Monrad auf die Prinzession von Wales, „deren Entwicklung vom Kinde bis zur Jungfrau wir beobachtet haben, welche unserm Herzen theuer geworden, und deren Gefühle für Dänemark Alle in England theilen mögen."

Aus Jütland sind heute die meisten Volksthingswahlen bekannt geworden; die „Bauernfreunde" haben eine ziemlich schwere Niederlage erlitten, doch ist Dr. Geert Winther im Amt Aarhuus durchgesetzt worden. Von der ministeriellen Partei sind u. A. wiedergewählt der bisherige Volksthingspräsident, Etatsrath Bregendahl, Graf Trampe, Konsul Mörck ꝛc. Ob Baron Blixen-Finecke vorgestern irgendwo in das Volksthing gelangte, weiß man noch nicht. — Vorgestern starb hier der vieljährige Präsident des Landsthings, Konferenzrath Bruun, bis zum vorigen Jahr auch Mitglied des Reichsraths. — Das frühere Ostsee-Blokadegeschwader ankert unter dem Befehl des Admirals van Dockum bei der Insel Hveen. Im Uebrigen haben die meisten Schiffe das Flottenlager verlassen, und es ankern mehr als 20 auf der Rhede.

Aarhuus, 7. Juni. (N. Pr. Ztg.) Der Oberzollinspektor Justizrath Müller, welcher wegen unbefugter Beschlagnahme von Lebensmitteln, die für die preußische Armee bestimmt waren, verhaftet war, ist, nachdem er die von dem Armeelieferanten deponirten 3200 Thlr. zurückerstattet, seiner Haft entlassen worden. Er hat noch an demselben Tage Aarhuus verlassen und ist angeblich nach Kopenhagen gereist. — Das Hauptquartier wird, wie es heißt, Ende dieser Woche von hier nach Randers verlegt.

Großbritannien.

* **London,** 10. Juni. Palamentsverhandlungen vom 9. Juni.

Oberhaussitzug. Earl Russell gibt Auskunft über die Verlängerung der Waffenruhe. Lord Clanricarde beantragt die Vorlegung der diplomatischen Korrespondenz, welche durch die Anwerbung irischer Auswanderer und brittischer Unterthanen aus Canada für die Armee der föderirten Staaten in Nordamerika veranlaßt worden ist. Er findet es sehr einseitig, daß die englische Regierung die Foreign-Enlistment-Akt in Kraft setze, so oft die Konföderirten sich in England Kriegsschiffe zu verschaffen suchen, während sie den Föderirten englische Waffen und Munition ungehindert zukommen lasse. Er will vernommen haben, daß in England ein regelmäßig organisirtes Depot existire, um Deutsche für die Föderation zu werben. Dies streite doch gewiß gegen die Foreign-Enlisment; und wenn auch deßhalb keine unmittelbare Kriegserklärung gegen Amerika geboten sei, so wünsche er jedenfalls, daß energische Vorstellungen dagegen erhoben würden. Im Fall der Vergeblichkeit solcher Vorstellungen würde sich allerdings die Frage erheben, ob eine Kriegserklärung nicht an der Zeit sei. Lord Brougham spricht ebenfalls mit Bedauern und Entrüstung davon, daß arme irische Auswanderer zu einem in England strafbaren Bruch der Neutralität verleitet werden. Earl Russell entgegnet, das auswärtige Amt habe die von Lord Lyons erhobenen Vorstellungen nach Kräften unterstützt. Die Waffenausfuhr nach dem Norden verbiete kein Gesetz, obgleich es den Konföderirten frei stehe, die Waffen während des Transports zu konfisziren; mit der Ausrüstung von Kriegsschiffen dagegen verhalte es sich anders. Die irischen Auswanderer hätten sich für ihr Schicksal bei ihrer eigenen Leichtgläubigkeit zu bedanken. Indeß sei es höchst unrecht von den föderirten Behörden, daß sie keine gründliche Untersuchung des von Lord Lyons gerügten Unfuges veranstaltet haben. Er wolle nicht so weit gehen, wie der edle Marquis, und behaupten: daß auf eine Nichtbeachtung der englischen Vorstellungen eine Kriegserklärung folgen müsse; allein er gestehe, daß es sich um einen jener Fälle handle, die häufig zu Kriegen zu führen pflegen. Leider habe auch England eben so viel Grund, sich über die Konföderirten wie über die Föderirten zu beklagen. Die Regierung werde mit ihren Vorstellungen fortfahren, und hoffentlich würden sie nicht erfolglos bleiben. Die Motion wird genehmigt.

Im Unterhaus wird auf den Antrag des Schatzkanzlers die Resolution angenommen, der Königin (d. h. der Nation) zu gestatten, daß sie zu Gunsten des Königs der Hellenen auf 4000 Pfd. Sterl. jährlich verzichte und zu diesem Betrag den griechischen Staatsschatz von den im Jahr 1860 in Betreff des griechischen Anlehens eingegangenen Verpflichtungen entbinde. Auf Grund der Resolution wird sofort eine Bill eingebracht. Die übrigen Verhandlungen sind von geringerm Interesse.

Nach ihrem mehrwöchentlichen Aufenthalt in Balmoral, dessen frische Hochlandsluft ihrer Gesundheit sehr zuträglich gewesen zu sein scheint, ist die Königin jetzt wieder in Windsor eingetroffen.

* **London,** 11. Juni. Parlamentsverhandlungen am 10. Juni.

Im Unterhause fragt Disraeli, bis wann die Konferenz sich vertagt habe, und ob die Verlängerung der Waffenruhe an Bedingungen geknüpft sei, welche die eigentliche Dauer der Verlängerung erklären könnten. Lord Palmerston erwiedert (leise sprechend), er wisse nichts von besonderen Bedingungen, aber 14 Tage waren eben die längste Frist, zu der die dänische Regierung sich verstehen wollte, obgleich die andern Theile eine längere Unterbrechung der Feindseligkeiten wünschten. J. Griffith sagt, die nichtenglischen Mitglieder der Konferenz beobachteten die beschlossene Heimlichkeit der Verhandlungen so wenig, daß die Nachrichten über die letzte Sitzung nach Berlin und von dort wieder nach London zurück telegraphirt waren, bevor sie dem Parlament mitgetheilt wurden. Er selbst fühle sich daher zu keiner Zurückhaltung verpflichtet und frage, ob die brittische Regierung es unterlassen werde, Dänemark zu einer weitern Verlängerung des Waffenstillstandes zu drängen, wenn bis zum 26. keine Vereinbarung erzielt sein sollte. Lord Palmerston: Ich bin wirklich außer Stande, auf die Frage, was die Konferenz in etwaigen künftigen Fällen thun würde, eine Antwort zu geben. — Lord R. Cecil beantragt die Resolution, daß es wünschenswerth wäre, die Prüfung der Data, auf welche sich das Haus bei der Erörterung von Privatbills zu stützen hat, irgend einem außerhalb des Parlaments stehenden Tribunal zu übertragen, da die Mitglieder jetzt häufig über Gegenstände entscheiden müssen, von denen sie keine praktische Kenntniß besitzen. Nach längerer Erörterung nimmt er den Antrag zurück. Eine Abstimmung ist nicht möglich, da nur 19 Mitglieder im Hause sind. J. B. Smith beantragt die Resolution, daß es nothwendig und zweckdienlich wäre, in Ostindien eine Goldwährung einzuführen. Auch Hr. Smith nimmt nach einiger Debatte den Antrag zurück. Lord Palmerston beantragt das Votum von 20,000 Pfd. Strlg. für Sir Rowland Hill. Nur Williams (Sparsamkeitsmann) murrt über diese Verwendung, da Sir R. Hill, obgleich ein um das Postwesen verdienter Mann, sich mit einem Ruhegehalt von 2000 Pfd. Strlg. zurückziehe. Das Votum wird genehmigt. Zur Verleihung einer Pension von 1000 Pfd. an Lady Elgin wird eine Bill eingebracht. Die übrigen Verhandlungen sind keiner Erwähnung werth.

* **London,** 11. Juni. Die Raisonnirkraft der englischen Tagblätter scheint sich denn doch zuweilen zu erschöpfen. „Times" und „Post" sind heute so still, als wäre ihnen der Athem auf lange Zeit ausgegangen. „Herald" und „Daily News" scheinen sich anzustrengen, um Etwas zu sagen; letztere nennt die Konferenzmitglieder philanthropische Friedensfreunde, und zwar wiederholt sie diesen ironischen Ausfall zweimal im selben Artikel, der eben keine andere Pointe hat. Der „Herald" droht den Deutschen, falls sie mehr als die Schleilinie verlangen sollten, damit, daß sie nicht länger mit der englischen Regierung, sondern mit dem englischen Volk es zu thun haben würden. Der „Advertiser" will wissen, daß Hr. Disraeli dem Ministerium eine entscheidende Schlacht zu liefern, und daß Lord Palmerston, im Fall einer Niederlage, das Parlament aufzulösen denke. Der „Economist" zeigt, wie schwierig eine Theilung Schleswigs sei; wie selbst im Norden des Herzogthums Grund und Boden großentheils den Deutschen gehöre, die das mehr gewerbfleißige und fortschreitende Volk seien und daher (berechtigter Weise) den weniger energischen Nachbarn den Rang ablaufen und Abbruch thun. Die Frage, was geschehen solle, wenn Deutschland nicht auf den anglo-dänischen Vorschlag eingehen wollte, beantwortet der „Economist" durch eine Reihe von Fragen, deren Ton vielsagend genug ist:

Könnten wir uns mit Waffengewalt einmischen, und vielleicht einen europäischen Krieg hervorrufen, um eine willkürliche — eine eingestandener Maßen und nothwendiger Weise willkürliche und künstliche — Linie zehn oder zwanzig englische Meilen weiter südlich zu ziehen, als Preußen zugeben will? Könnten wir thatsächlich und buchstäblich in den Kampf gehen, um deutsche Grundbesitzer in Unterthänigkeit bei Dänemark zu halten, aus dem Grunde, daß ihre Arbeiter und Pächter von Sympathie oder Race dänisch seien? Soll England um einer unendlich kleinen Detailfrage willen das Schwert ziehen und den Kontinent in Krieg verwickeln, weil es zwar will, daß ein Alliirter 4000 Quadratmeilen hergebe, aber nicht, daß er 4500 hergebe?

Amerika.

* **Neu-York,** 1. Juni. Am Donnerstag den 28. Mai machte Grant, da er Lee's Position am South Anna sehr fest fand, eine Flankenbewegung, rücküberschritt den North Anna, marschirte nach Hannover, und setzte dort über den Pamunkey, so daß sich am 29. seine Front drei Meilen südlich von diesem Fluß befand. Lee zog sich auf erhaltene Kundschaft von Grant's Manöver vom South Anna zurück und nahm seine Stellung nördlich vom Chickahominy, südlich von Totopatamoy-Creak, seine Rechte auf Shady Grove stützend. Am 30. Abends machte er einen Angriff auf Grant's linken Flügel in der Nähe von Shady Grove, ward aber von General Warren unter furchtbarem Gemetzel zurückgeworfen. Meade gab hierauf Befehl zu einem allgemeinen Angriff; doch erhielt Hancock allein den Befehl vor einbrechender Dunkelheit; er stürzte sich auf die Südstaatlichen, warf sie aus ihrer Verschanzungslinie, und hält dieselbe noch besetzt. Burnside's ganzes Korps ist über Totopatamoy Creek zu Warren gestoßen, welcher am linken Flügel steht, nur sieben Meilen von Richmond entfernt. Lee hat Verstärkungen durch Breckinridge erhalten. — Zwei Angriffe der Südlichen, am 30. und 31., hat Butler siegreich zurückgeschlagen. — In einer Schlacht bei Dallas hat Sherman am 28. die Südstaatlichen besiegt und in die Flucht getrieben; Sherman verlor 300, der Feind 2800 Mann. Nachdem er einen zweiten Angriff am 31. abgeschlagen, ist Sherman schon bis zur Eisenbahn bei Marceta, dem Ziel seines Zuges, angekommen. — General Canley ist mit dem Kommando des ganzen Gebiets westlich vom Mississippi betraut worden; unter ihm stehen Rosenkranz, Steele, Banks. — Von der Cleveland-Konvention ist Fremont als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 6. Juni. 18. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. (Fortsetzung.)

Ministerialrath Dr. Jolly stimmt mit Graf Hennin darin überein, daß es geboten erscheine, Uebergangsbestimmungen zu treffen. Der Adel ist bereit, sein auf historische Traditionen gegründetes Vorrecht aufzugeben. Je seltener ein solches Beispiel eines patriotischen Opfers ist, desto billiger ist es, den Wünschen dieses Standes entgegenzukommen und ihm die Verwandlung seines Vorrechts in einen den thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Vorzug zu erleichtern.

Dieser Zweck wird erreicht, wenn nur der Grundbesitz des Grundadels bei der Prüfung der Wahlberechtigung doppelt so hoch angeschlagen wird, als der des sonstigen Grundbesitzers. Dagegen ist es nicht nothwendig und ich halte es für bedenklich, die Errichtung verhältnißmäßig sehr kleiner Fideikommisse unbedingt zu gestatten.

Die Befugniß zur Fideikommiß-Errichtung vom Adel auf alle Staatsangehörigen auszudehnen, hat zwar keine Bedenken; die Erfahrung der Länder des sog. gemeinen Rechts zeigt, daß von denselben in bürgerlichen Kreisen ein sehr spärlicher Gebrauch gemacht wird. Um so unstatthafter scheint mir die Zulassung kleiner Fideikommisse, und wenn eine Aenderung des L.R.S. 577 c d in Betracht kommt, würde ich sie in gerade entgegengesetzter Richtung wie der Kommissionsbericht wünschen. Die Beschränkung des grundherrlichen Fideikommisses auf ein Einkommen von 8000 fl., wie sie dort vorgeschrieben ist, halte ich für unnöthig, dagegen scheint mir das Minimum von 4000 fl. eher zu gering als zu hoch.

Selbst die wirthschaftliche Seite der Frage rechtfertigt diese Auffassung. Die Zeit ist dem gebundenen Besitz überhaupt nicht geneigt; allein der wirklich große Grundbesitz hat noch seine Vortheile. Ein kleiner gebundener Besitz jedoch von einem Steueranschlag von 25,000 fl. oder einem wirklichen Werth von vielleicht 50,000 fl. wird wirthschaft-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lich weit größere Nachtheile als Vortheile bieten. Und eben so liegt die Sache politisch betrachtet.

Ich bin überhaupt gegen die Fideikommisse wie sie in Deutschland ausgebildet sind. Die englische Sitte, den Besitz in der Regel auf eine, höchstens zwei Generationen zu binden, scheint mir weit vorzüglicher. Ein Institut, wie das deutsche, das den Besitz durch Privatwillen auf Jahrhunderte binden läßt, und den jetzigen Besitzer in seiner freien Bewegung übermäßig hemmt, zwingt denselben, stets den Blick rückwarts, zur Vergangenheit zu wenden. Eine Institution, welche diesen Charakter in sich trägt, ist aber eine unrichtig gewählte Grundlage für eine politische Wirksamkeit, die vor Allem ein offenes Herz und Verständniß für Das voraussetzt, was unsere Zeit will und erstrebt.

An eine Aenderung des Fideikommiß-Rechtes ist nun freilich im Augenblick nicht zu denken. Soll aber auf fideikommissarisch gebundenen Grundbesitz eine Aristokratie gegründet werden, so muß man denselben doch jedenfalls so groß greifen, daß auch eine wirkliche Aristokratie geschaffen wird. Ein Mann aber, der eine Revenüe von 1500—2000 fl. hat, ist wohl gegen die Noth des Lebens geschützt, unabhängig in so weit, als er fremde Hilfe entbehren kann; aber er ist nicht so gestellt, daß er frei in höhern Lebenssphären sich bewegen, eine höhere Anschauung der Dinge sich erwerben kann, und die Vortheile genießt, die darin liegen. Ohne auf den viel besprochenen Gegensatz zwischen aristokratisch und demokratisch mich einzulassen, müssen wir doch jedenfalls solche Männer in unsere Mitte wünschen, deren zur Gewohnheit gewordene, unwillkürliche Lebensanschauung sie ihren Blick auf das Ganze richten läßt, die einen Sinn mitbringen für das lebendige Wesen des Staates. Darauf können wir bei den großen, nicht aber bei kleinen und mittleren Grundbesitzern mit einer gewissen Sicherheit rechnen.

Hofrath Dr. Schmidt: Die Kommission war einmüthig in der Anschauung, die dem Kommissionsbericht zu Grunde liegt; die Herren, die eben dagegen sprechen, machen sich wohl ein zu großes Bild von den Folgen. Der Zug der Zeit ist hier entscheidend, der geht aber nicht hinaus auf gebundenen Besitz. Würde man die Errichtung von Fideikommissen gestatten, so würden doch wohl nur sehr wenige entstehen. Es gehört schon ein sehr großes Vermögen, sehr große Einkünfte dazu, bis Jemand im Stande ist, so viel abzusondern, um einen Besitz zu schaffen, von dem die übrige Familie nichts erhält, der sich in besonderer Weise vererbt. Von dieser Aenderung der Gesetzgebung wäre also nach meiner Meinung nichts zu befürchten; aber Das halte ich für verwerflich, daß man dies nur allein dem Herren- und Ritterstand gestatten will. Warum da ein Standesprivilegium statuiren? Es kann für Jeden von hohem wirthschaftlichem Interesse, für die Aufrechterhaltung besonderer Familienverhältnisse sehr wünschenswerth sein, ein Fideikommiß zu stiften, und unsere Verhältnisse leiden gewiß nicht an zu großem, eher zu kleinem Grundbesitz. Die Gefahren des gebundenen Besitzes entspringen aus der todten Hand, nicht aus der fideikommissarischen Befestigung des Besitzes für eine Familie.

Faller: Daß ich dem bürgerlichen Element diese Vortheile nicht gönnte, das war nicht meine Ansicht. Nur sollte man, glaubte ich, nicht so leicht über diese Frage weggehen, und ich bemerkte, daß er jetzt nicht die Gunst des Volkes genieße. Besonders aber glaubte ich darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die noch bestehende Einrichtung der Liegenschaftsaccise diesen Gütern Vortheile zuweise und daß das gewiß gegen das Interesse des Landes sei.

Geh. Rath v. Mohl: Gebundene Güter haben allerdings ihre Vortheile, allein diese Frage ist doch sehr schwierig und will wohl überlegt sein. Sie kann nicht so leicht abgemacht werden, und ich wollte mich nur davor verwahren, daß mein Schweigen nicht als Zustimmung dazu ausgelegt werde, daß die unbedingte Möglichkeit gegeben werde, einen Besitz für ewig zu binden.

Hofrath Dr. Schmidt: Die im Bericht ausgesprochene Ansicht ist nur eine gelegentliche Bemerkung, hervorgerufen durch den Zusammenhang der Dinge. Die Frage selbst ist allerdings noch lange nicht reif genug, um vor die Gesetzgebung zu kommen.

Graf v. Berlichingen: Auch ich halte die Sache für zu wichtig, als daß sie so gelegentlich abgemacht werden könnte.

Was eine vorhin gemachte Bemerkung betrifft, so halte ich es gleichfalls für unbillig, daß die Fideikommisse keine Liegenschaftsaccise zahlen. Erbschaftsaccise zahlen sie übrigens; von der sind nur die Güter der eigentlichen todten Hand frei.

Das wäre übrigens kein Grund, die Fideikommisse nicht zu gestatten.

Se. Durchl. Fürst Löwenstein: Ich möchte mir die Frage erlauben, welche Intentionen darüber herrschen, wer wählbar sei? Ob alle oder nur die, die bestimmten Kreisen angehören. Ich wünsche, daß nur diejenigen wählbar wären, welche der Kategorie selbst angehören, von der die Wahl getroffen wird.

Hofrath Dr. Schmidt: Die Kommission hat diese Frage als eine offene behandelt. Die Sache hat zwei Seiten und auf solches Detail wollte die Kommission nicht eingehen.

Graf v. Berlichingen: Wenn aber die Regierung die Ansichten der Kammer kennen lernen soll, so muß man sich auch hierüber aussprechen. Ich schließe mich unbedingt dem Wunsch Sr. Durchlaucht an. Auch ich wünsche, daß nur aus den Kreisen heraus die Vertreter genommen werden, welche auch zur Wahl berufen sind, und zwar im Interesse dieser Kreise sowohl als der Kammer selbst.

Graf Hennin theilt gleichfalls diese Ansicht.

Geh. Rath v. Mohl: Ich habe es für etwas Selbstverständliches gehalten, daß diese Kategorien nur aus sich selbst und durch sich selbst repräsentirt werden können. Will man einmal in der Ersten Kammer bestimmte soziale Verhältnisse und Interessen repräsentiren lassen, so muß man die Vertreter auch aus der Mitte jener Kreise nehmen.

Geh. Rath Dr. Bluntschli: So ganz selbstverständlich ist dies doch nicht! Wohl ziemlich einstimmig wird man es übrigens zugeben können für die Großgrundbesitzer — das ist eine eigenthümliche soziale Stufe mit eigenthümlichen Lebensverhältnissen und Ansichten, die ihre Vertretung verlangen. Für andere Kreise aber wird man es nicht so unbedingt zugeben können.

In der Gegenwart schon gibt die Verfassung den Universitäten ein solches Recht der Vertretung, und keineswegs sind die Wähler auch zugleich die einzigen, die gewählt werden können, sondern da steht ein viel größerer Kreis von Personen zur Auswahl.

Daran müßte also eine Verfassungsänderung anknüpfen. Bei der Vertretung der Industrie sind die Verhältnisse ganz ähnlich. Da findet sich vielleicht ein Mann, der diese Sachen von Grund aus versteht, der einen Schatz von Kenntnissen und Erfahrungen besitzt, der sich aber zurückgezogen hat von den Geschäften; warum sollte dieser, der sehr geeignet ist, diese Interessen zu vertreten, nicht gewählt werden können?

Ich führe dies nur an, um zu warnen, daß wir nicht im Eifer Etwas beschließen, von dem wir später finden, daß es unhaltbar ist.

An und für sich kann man strenger sein in den Erfordernissen, die man für die Wähler aufstellt; allein für den Gewählten liegt die Hauptqualität darin, daß er gewählt ist, daß ihm seine Wähler einmal ihr Vertrauen geschenkt haben. Die Wähler stimmen kraft eines bestimmten Rechts, der Gewählte erhält sein Amt nur durch das Vertrauen seiner Wähler. Diese hierin zu bevormunden, ist nicht nöthig; sie werden am besten wissen, wer sich eignet, ihre Interessen zu repräsentiren.

Deßwegen hat die Kommission beschlossen, über diese Frage nichts zu sagen. (Fortsetzung folgt.)

†† Karlsruhe, 13. Juni. 58. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Handelsministeriums, Staatsrath Mathy; Ministerialrath Poppen.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Gemeinde Rippoldsau, um baldige Einführung der Schulreform.

2) Bitte der Gemeinde Schwaibach, um Bau der Kinzigthal-Bodensee-Eisenbahn.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Friderich erstatteten Berichts über das Budget der Verkehrsanstalten für 1864 und 1865.

I. Ordentliches Budget der Postverwaltung. Einnahme. Erträgnisse aus dem Briefpost- und Zeitungsverkehr 722,272 fl., wobei sich gegen früher für die Postkasse eine Mehreinnahme von 82,795 fl. ergibt. Der Bericht bemerkt:

„Dem Budgetsatz dienen die Rechnungsergebnisse des Jahres 1863, also die neuesten, zur Grundlage; wir können mit Vergnügen konstatiren, daß die Erwartungen, welche man bei Beseitigung der Sechskreuzerstufe als Briefporto aussprach, vollständig erfüllt worden; es steigerte sich der Briefverkehr in so erheblicher Art, wie dieses aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich ist, daß die Herabsetzung der Brieftaxe von 6 auf 3 kr. reichlich überboten wurde durch die größere Zahl der beförderten Briefe und der von manch ängstlicher Seite befürchtete Ausfall an den Einnahmen hieraus nicht eintrat, sondern Einnahme-Ueberschüsse sich ergaben; es sind dieses Erscheinungen, welchen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Verkehrs begegnen, Herabsetzung der Taxen und Gebühren bringen in der Regel bei Vermehrung des Verkehrs auch höhere Einnahmen.

Wir haben hier noch einer weitern Reform im Postverkehr zu erwähnen, welche mit dem Budget pro 1862/63 in das Leben trat; es ist dieses die Aufhebung der Bestellgebühr für Briefe und Kreuzbandsendungen; auch dieser Ausfall an Einnahmen im ungefähren Betrag von 75,000 fl. — 88,000 fl. konnte keine Verminderung der Einnahmeposition nach sich ziehen; ebenso zeigt die bis jetzt gemachte Erfahrung, daß das Vertrauen, welches man in die Briefträger setzte, daß sie auch bei Wegfall dieser Bestellgebühr die Abgabe der Briefe mit gleicher Pünktlichkeit und Sicherheit vollziehen werden, gerechtfertigt war."

Zeitungsporto (Provision) 52,298 fl.

„Es ist dieses nahezu die gleich hohe Summe wie im letzten Budget; wir haben in unserm Bericht über die Rechnungsnachweisungen von 1860/61 eine Herabsetzung des Zeitungsporto's empfohlen; wir sind noch der Ansicht, daß dieses geschehen könnte ohne erhebliche Opfer für die Staatskasse; bei geringerer Belastung der Zeitungen würde die Zahl ihrer Abonnenten sicher sich mehren, wodurch ein momentaner Ausfall dieser Position sich rasch decken würde; aber wenn selbst zu befürchten wäre, daß eine geringere Einnahme sich bleibend ergäbe, wir würden hierüber nicht klagen; wir halten das Zeitungsporto, welches bei Zeitungen politischen Inhalts 50 Proz. und bei den andern 25 Proz., einschließlich der Zustellungsgebühren ausmacht, beinahe für geeigenschaftet, eine Maßregel gegen die Verbreitung der Zeitungen zu sein, und dieses ist sicher nicht der Wille unserer Regierung!"

Abg. Knies empfiehlt, vom Berichterstatter Friderich unterstützt, die Herabsetzung des Zeitungsporto.

Staatsrath Mathy sagt die genaue Erwägung dieser Frage zu.

Bezüglich der Landpost-Beförderung spricht die Kommission die Erwartung aus, daß die Gemeinden sich allgemein entschließen, das Institut der Amtsboten-Anstalten aufzugeben und die Beförderung ihrer Poststücke der Staatsanstalt zuzuwenden.

Die einzelnen Posten des Budgets werden nach kurzer Debatte nach den mit den Regierungsforderungen übereinstimmenden Kommissionsanträgen genehmigt. Nur bezüglich der Erhöhung der Gehalte von 7 Kanzleigehilfen um 100 fl. beantragt die Kommission den Strich von je 25 fl. Auf Antrag des Abg. Schaaff, der dabei bemerkt, er enthalte sich jeder nähern Begründung, damit die Diskussion am Ende nicht mehr koste als der Betrag der Beanstandung, wird die Regierungsforderung jedoch genehmigt.

II. Ordentliches Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung.

Eine längere Diskussion knüpft sich an die Frage, ob den Retourbilletten eine mehr als eintägige Giltigkeitsdauer beigelegt werden solle. Die Kommission ist der Ansicht, eine Erweiterung der Giltigkeitsdauer nicht empfehlen zu sollen.

Abg. Knies stellt den Antrag, die Frage der großh. Regierung zur nochmaligen Prüfung zu empfehlen, ob nicht die Einführung mehrtägiger Retourbillette etwa mit Abstufungen nach Zonen geschehen könne.

Die Abgg. Moll, Kopfer, Fröhlich, Schaaff unterstützen diesen Antrag, den jedoch nach längerer Diskussion verworfen wird.

Bezüglich des von der Kommission ausgesprochenen Wunsches auf Herabsetzung der Telegraphengebühren für den innern Verkehr bemerkt Staatsrath Mathy, mit dem 1. Juli werde eine bedeutende Ermäßigung dahin eintreten, daß die einfache Depesche von 10 Worten auf 18 Kreuzer herabgesetzt und für jedes weitere Wort 1 Kreuzer erhoben werde; ebenso werden die Posttaxen für Weiterbeförderung von Depeschen an nicht an der Eisenbahn gelegene Orte, sowie die Gebühren für Vervielfältigung der Depeschen herabgesetzt.

Die Berathung gelangte in Genehmigung der Forderungen bis zu den Ausgaben der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung und wurde die Fortsetzung auf morgen vertagt.

†† Karlsruhe, 13. Juni. 59. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 14. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget der Post-, Eisenbahnbetriebs- und Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung, über das außerordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, über das Budget des umlaufenden Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebs- und der Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung, sowie über das Budget über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und ihres Staatstelegraphen für die Jahre 1864 und 1865; erstattet von dem Abg. Friderich.

Baden.

§* Pforzheim, 12. Juni. Wie anderwärts hat auch der hiesige Schleswig-Holstein-Bezirksausschuß eine Erklärung beschlossen, dahin gehend, daß Schleswig-Holstein ein untheilbares, von Dänemark gänzlich unabhängiges Ganzes bilden und die Abtrennung irgend eines Theiles nur mit Zustimmung der betr. Bevölkerung geschehen möge.

≌ Bruchsal, 13. Juni. Für die Sommersitzung des mittelrheinischen Schwurgerichts ist folgende Tagesordnung festgesetzt worden:

1) Freitag den 24. Juni, Vormittags halb 9 Uhr, Anklagesache gegen Jakob Peter Schlaier von Unteröwisheim, wegen Tödtung.

2) Samstag den 25. Juni, Vormittags halb 9 Uhr, Anklagesache gegen Marie Beißwinger von Knittlingen in Württemberg, wegen Kindsmords. (Geheime Sitzung.)

3) Montag 27. Juni, Vormittags halb 9 Uhr, Anklagesache gegen Katharine Friderike Rapp von Vaihingen in Württemberg, wegen Kindsmords. (Geheime Sitzung.)

4) Dienstag den 28. Juni, Vormittags halb 9 Uhr, Anklagesache gegen Wilhelm Schropp von Seelbach, wegen Tödtung.

5) Donnerstag den 30. Juni, Vormittags halb 9 Uhr, Anklagesache gegen den flüchtigen Holzhändler Konst. Link von Karlsruhe, wegen boshafter Zahlungsflüchtigkeit. (Geheime Sitzung ohne Mitwirkung von Geschwornen.)

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 12. Juni. Hiesige Blätter bringen folgenden Aufruf: „Für die Erhaltung des Zollvereins! Einladung zu einer allgemeinen Versammlung. Das von der Versammlung vom 3. Januar 1863 niedergesetzte Komitee sieht sich durch die dringende Gefahr, welche der Erhaltung des Zollvereins durch den Umstand droht, daß in der nächsten Zeit Seitens der betreffenden Staaten entscheidende Beschlüsse zu erwarten sind, veranlaßt, alle Diejenigen, welche das große nationale und wirthschaftliche Unglück einer Sprengung des Zollvereins erkennen, zu einer öffentlichen Versammlung auf Sonntag den 19. Juni, Vormittags präzis 11 Uhr, in den Saal der Bürgergesellschaft zu Stuttgart einzuladen, um die Mittel zur Erhaltung des Zollvereins in Berathung zu ziehen. Als Tagesordnung wird vorgeschlagen: 1) Die Annahme von Resolutionen bezüglich der gegenwärtigen Sachlage; 2) die Abfassung einer Eingabe an die königl. Staatsregierung und die Art ihrer Uebergabe. Im Auftrag des Komitee's laden die Unterzeichneten zur zahlreichen Betheiligung ein. — Stuttgart, 11. Juni 1864. Kommerzienrath Chevalier in Stuttgart. A. Goppelt in Heilbronn. Rechtskonsulent Hölder in Stuttgart. Eduard Laiblin in Stuttgart. Wilhelm Lödel in Ulm. Konrad Merz in Stuttgart. Gustav Müller in Stuttgart. Direktor Pfeiffer in Stuttgart. Herrmann Rothschild in Stuttgart. Julius Schiedmayer in Stuttgart. Ferdinand Schmidt in Stuttgart. Rechtskonsulent Adolph Seeger in Stuttgart. Rechtskonsulent Steiner in Heilbronn. Finanzrath Zeller in Stuttgart. Karl Zöpperitz in Heidenheim."

— Augsburg, 12. Juni. (Allg. Ztg.) Der auch als Schriftsteller rühmlichst bekannte königl. bayr. Generalleutnant und Generaladjutant Karl v. Hailbronner ist gestern Abend auf seinem Landsitz zu Leitershofen bei Augsburg den Folgen einer Unterleibsentzündung in seinem 71. Lebensjahr erlegen. Er war einer der gebildetsten und geistvollsten Männer des bayrischen Heeres.

— München, 11. Juni. (A. Ztg.) Der Abt Haneberg hat nunmehr die auf ihn gefallene Wahl zum Bischof von Trier bestimmt abgelehnt.

— Wie die „Hamb. Nachr." aus Nürnberg melden, ist Geh. Rath Michelsen (früher in Jena) in schleswig-holsteinische Dienste getreten und hat in Folge dessen die Vorstandschaft des Germanischen Museums niedergelegt. Er führte dieselbe nur noch nominell.

— Frankfurt, 12. Juni. (Fr. Postztg.) Hr. Gustav Schmidt, der vormalige Dirigent der hiesigen Oper, hat eine Berufung nach Leipzig als erster Kapellmeister des dortigen Stadttheaters erhalten und angenommen, und wird am 1. Sept. d. J. eine öffentliche Kunstthätigkeit wieder aufnehmen, der er sich seit mehreren Jahren nur ungern entzogen sah.

— Stettin, 11. Juni. Gestern Abend ist von dem Handelsminister folgendes Telegramm an die Vorsteher der hiesigen Kaufmannschaft eingetroffen: Die Waffenruhe ist bis zum 26. d. M. verlängert; mit diesem Tag beginnen wahrscheinlich die Feindseligkeiten wieder. Berlin, 10. Juni. Itzenplitz.

— Dem Briefe eines in der dänischen Armee auf der Insel Alsen dienenden Schleswigers entnehmen die „Alton. Nachr." Folgendes: „Aus uns Schleswigern (aus dem 10. und 12. Regiment) ist ein Arbeitskorps errichtet worden, welches aus 4 Kompagnien besteht und die zu den niedrigsten Arbeiten verwendet werden. Wir müssen die Straßen fegen und Derartiges mehr in Sonderburg verrichten. Den größten Theil der Zeit haben wir Schanzen bauen müssen, und zwar meistens unter dem Sausen der Granaten; trotzdem haben wir nur 2 Todte und 3 Verwundete zu beklagen. Eine Zeit lang wurde unsere Kompagnie während des Bombardements von Sonderburg als Spritzenkorps verwendet, bei welcher Gelegenheit wir dann den preußischen Granaten zur Zielscheibe dienten. Mehr als einmal haben wir uns aufgesetzt, aber die Dänen drohten, jeden zehnten Mann zu erschießen, der sich den Befehlen der Offiziere widersetze. Sehnsüchtig harrten wir auf das Herüberkommen der Preußen, die wir als unsere Retter mit offenen Armen erwarteten."

* Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Teutonia", Kapitän Haack, welches am 15. Mai von hier und am 18. Mai von Southampton abgegangen, ist nach einer Reise von 12 Tagen am 31. Mai wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

11. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,57'''	+12,0	S.W.	ganz bew.	trüb, Landregen.
Mittags 2 „	„ 9,70'''	+16,0	„	stark „	Sonnenbl., warm
Nachts 9 „	„ 9,63'''	+13,0	„	„ „	trüb, mild
12. Juni.					
Morgens 7 Uhr	27" 9,20'''	+13,8	S.W.	schw. bew.	Sonnensch., mild
Mittags 2 „	„ 9,70'''	+19,0	„	stark „	„ warm
Nachts 9 „	„ 9,63'''	+14,0	„	schw. „	heiter, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.494. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 15. dieses Monats an werden wieder wie im vorigen Jahre sowohl an den Schaltern des hiesigen Hauptbahnhofes, als auch bei der Station am Mühlburger Thor Abonnementskarten für 10 Hin- und Rückfahrten zwischen Karlsruhe und Maxau mit einer Giltigkeitsdauer bis zum 1. Oktober d. J. zu ermäßigten Fahrpreisen ausgegeben.

Zwischen den am Hauptbahnhofe und jenen am Mühlburger Thor zur Ausgabe kommenden Abonnements-Karten besteht fernerhin kein Preisunterschied mehr, und es beträgt nunmehr die Taxe einer solchen Karte, welche beliebig zur Fahrt von und nach dem Hauptbahnhof oder von und nach der Station Mühlburger Thor benützt werden kann,

für die erste Klasse 4 fl. 30 kr.:
für die zweite Klasse 3 fl., und
für die dritte Klasse 2 fl.

Karlsruhe, den 8. Juni 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.:
Poppen.

Schneider.

Z.k.453. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 15. Juni l. J. wird für die Beförderung von **Baumwollenwaaren** in jeder Quantität zwischen verschiedenen **Schweizer-**, bezw. **Bodenseeufer-Plätzen** und **Mannheim** ein **Uebernahmstarif** mit ermäßigten Frachtsätzen in Wirksamkeit treten.

Die diesseitigen Güterexpeditionen zu Mannheim, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz werden Exemplare fraglichen Tarifs auf Anfordern unentgeltlich abgeben.

Karlsruhe, den 10. Juni 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Poppen.

Schneider.

Bad Rippoldsau.

1. Kurliste vom 20. Mai bis 10. Juni 1864.

Herr A. Séry von Straßburg. Hr. Jg. Schiefner mit Familie von Helsingfors. Hr. Jos. Rauth mit Familie, Oekonom von Rechentshofen. Hr. F. A. Zachmann, Part., Hr. C. Matzenauer, Kaufm., Hr. Jos. Bluhm, Hr. Jg. Krumholz, Wagner, Hr. J. Schwamberger, Gastwirth, Hr. Heinr. Müller, Rent., und Hr. A. Seitz, Kaufm. von Baden. Hr. Ad. Planck, Prof. von Heilbronn. Hr. Roßel, Kaufm. von Frankfurt a. M. Frau Thilo, Professorin mit Sohn und Nichte von Halle a. S. Frau E. Richner-Siebenmann von Aarau. Hr. G. Waßmer-Anstein von Aarau. Fräul. El. Daoz von Basel. Hr. Robert v. Muralt von Zürich. Hr. E. Dähne von Dresden. F. H. Lurk, Kfm. von Offenburg. Hr. A. Schmid, Hr. R. Schmid, Hr. W. Schmid, Hr. J. Schmid und Mad. Stambach von Baden. Hr. L. Hornung, Fabr. von Lichtenau. Hr. Dr. Stegmeyer von Gundelsheim. Hr. J. G. Kling und Frau von Darmstadt. Hr. E. A. Lade von Geisenheim. Hr. Jul. Stiegle, Dr. jur. von Stuttgart. Frau Heimpel, Frau Mayer und Fräul. Binding von Frankfurt a. M. Hr. J. Oppé, Goldarbeiter von Bruchsal. Hr. R. Weitnauer, Metzger von Basel. Hr. A. Rheinbold, Part. von Baden. Hr. C. Rheinbold, Part. von Sinzheim. Hr. A. Spiegel, Pfarrer von Mosbach. Hr. C. Schorr, Stadtrechner von Mosbach. Frau Linß nebst Tochter von Darmstadt. Hr. A. Breul, Kaufm. von München. Frhr. v. Bissier, Oberst von Freiburg. Hr. Emil Sorber, Notar von Paris. Hr. Louis Talaudier, Finanzminister von Paris. Hr. R. Vetter, Fabrikant mit Tochter von Ettlingen. Hr. B. Staib, Kaufm. von Biberach. Hr. E. v. Rößler, Forstner aus Batavia. Hr. Joh. Gg. Zipfel, Bäcker von Klengen.

Rippoldsau, den 10. Juni 1864.

Fritz Göringer,
Badeigenthümer.

Z.k.501.

Z.k.521. **Erzieherin.**

Eine durchgebildete Dame, reiferen Alters, der Führung eines Haushalts und der Erziehung gewachsen, wird für eine Familie aus dem Professorenstande gesucht. Wäre sie bei entsprechender Qualifikation im Stande, sich mit einigen Fonds an einem Institute für Erziehung zu betheiligen, so wäre es erwünscht.

Offerten franko unter A. K. an die Expedition. d. Bl.

Gesuch. Z.k.513. Ein gebildetes junges Frauenzimmer, das gut deutsch und französisch spricht, wünscht eine Stelle als Erzieherin. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Stelle für eine Lehrerin. Z.k.514. Für eine angesehene Familie auf dem Lande wird ein gebildetes Frauenzimmer, wo möglich protestantischen Bekenntnisses, gesucht, das einer heranwachsenden Tochter Unterricht in der französischen Sprache und dem Piano, und zwei kleinern Knaben den ersten Elementarunterricht ertheilen kann. Bei freundlichster Behandlung und vollkommen freier Station beträgt der jährliche Gehalt 200 Gulden. Der Eintritt könnte sogleich geschehen. Meldungen unter Nr. 514 besorgt die Expedition dieses Blattes.

Arbeitergesuch. Z.k.384. Karlsruhe. Mehrere gute **Modellschreiner, Maschinenschlosser, Former** und **Kesselschmiede** finden dauernde Beschäftigung bei der

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.

Mechaniker- und Dreher-Gesuch. Z.k.203. Frankfurt a. M. Tüchtige Mechaniker, besonders Kleinmechaniker, sowie Dreher werden in einer Fabrik Frankfurts gegen guten Lohn dauernd zu beschäftigen gesucht. Man adressire Zeil 26 im Laden.

Zu verkaufen

ein Doppel-Pony sammt Chaisen- u. Wagengeschirr, nebst einem leichten **Bernerwägele mit Sitz.**

Näheres bei der Expedition dieses Blattes. Z.k.447.

Z.h.403. Karlsruhe.

Anzeige.

Ganze Bibliotheken, sowie einzelne gute Werke kaufe ich stets zu annehmbaren Preisen.

Max Auerbach,
Buchhändler und Antiquar.

Z.k.497.

Einladung zum Abonnement
auf die
Freiburger Zeitung.
Redigirt von Heinrich Goll.

Wir laden hiermit zu dem, mit dem **1. Juli** beginnenden **neuen Abonnement** auf die **Freiburger Zeitung** ein.

Unsere Leser werden sich überzeugt haben, daß die seit einem Jahr in Wirksamkeit getretene Redaktion ihrem Programm gewissenhaft nachgekommen und den gegründeten, nach Maßgabe der Zeitverhältnisse fortwährend steigenden Ansprüchen der verehrlichen Abonnenten nach ihren besten Kräften gerecht geworden ist.

Es wird ihr unablässiges Bestreben sein, Solches auch künftig und in stets zunehmender Vollständigkeit zu ermöglichen.

Insbesondere ist es ihrem rastlosen Bemühen gelungen, in verschiedenen Gegenden unseres engern Vaterlandes, namentlich in unserer nächsten Umgebung, zuverlässige Mitarbeiter und Korrespondenten zu gewinnen, die es übernommen haben, unsere Leser von allen wissenswerthen Vorgängen in Stadt und Land in Kenntniß zu setzen.

Die Neuigkeiten aus allen Gebieten der Tagesgeschichte werden nach wie vor in erwünschter Raschheit und Verläßlichkeit von unserm Blatte mitgetheilt und die hierzu dienlichen Hilfsmittel von Quartal zu Quartal vermehrt.

Dem Unterhaltungsbedürfniß unserer verehrten Leserinnen immer besser genügen zu können, sind wir mit mehreren Verlegern der gediegensten Unterhaltungsschriften in Verbindung getreten, und haben uns das Recht zur Veröffentlichung einer Reihe der werthvollsten Erzeugnisse deutscher Belletristik in unserm Feuilleton erworben.

Die „Freiburger Zeitung" wird stets und in allen Dingen die **Fahne des Fortschritts** hochhalten und die Sache der vernünftigen Freiheit und zeitgemäßen Entwickelung in Staat, Kirche, Schule und Gesellschaft wie bisher konsequent, maßvoll und energisch vertreten und keine Gelegenheit verabsäumen, einzutreten für das liberale Prinzip und für alle Diejenigen, die sie als dessen Träger betrachten darf.

Die seit 1784 erscheinende „Freiburger Zeitung" ist in ihrem altehrwürdigen Bestande und als Eigenthum der Gemeinde Freiburg recht eigentlich als das Organ des gesunden Freiburger und Breisgauer Bürgerthums zu betrachten, dessen Interessen und Bestrebungen sie theilt und allezeit auf das Beste zu vertreten und zu vermitteln bemüht ist. Ihre Verbreitung im badischen Oberlande wie in ganz Baden und in den angrenzenden Bezirken der Nachbarländer macht sie für Annoncen aller Art vorzugsweise geeignet. Die Einrückungsgebühr beträgt 3 Kreuzer für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum. Die Anzeigen aus der „Freiburger Zeitung" werden an öffentlichen Plätzen und Straßen der Stadt durch Anschlag **unentgeltlich** veröffentlicht und es treten außerdem bei größeren und öfteren Einrückungen entsprechende Rabatt-Bewilligungen ein.

Der Pränumerationspreis der Zeitung beträgt in Freiburg halbjährlich **2** fl., vierteljährlich **1** fl., bei Bezug durch die Post in ganz Baden **3** fl., bezw. **1** fl. **30** kr.

Die Expedition der „Freiburger Zeitung", Grünwäldergasse Nr. 469.
H. M. Poppen & Sohn.

Der badische Bienenverein hält am 4. Juli zu Pforzheim seine Generalversammlung ab. Z.k.493.

Z.k.496. **Ein amerikanisches Boghei**

nebst einem sehr vertrauten sechsjährigen Pferde sammt Geschirr steht im Gasthaus zum „Stern" in Baden-Baden zu verkaufen.

Z.k.500. **Samstag den 18. Juni.**

Vergnügungszug von Straßburg nach Paris.
3 Tage Aufenthalt.

Straßburg	Abfahrt	18. Juni	3 Uhr	50	Nachmittags,
Paris	Ankunft	19. „	9 „	10	Morgens.
Paris	Rückfahrt	21. „	6 „	20	Abends,
Straßburg	Ankunft	22. „	10 „	10	Morgens.

II. Cl 25 Fr. III. Cl. 20 Fr. für Hin- und Rückfahrt.

Omnibusfahrt zwischen Bühl und dem Hub-Bad.

Abgang von der Station Bühl 2 Uhr 42,
dto. vom Rebstock 3 Uhr —.
Retour von der Hub 7½ Uhr.

Z.k.300. **Hausling.**

Vortheilhaftes Anerbieten.

Z.k.515. In einer frequenten Hauptstadt des Großherzogthums Baden ist ein in vorzüglicher Lage gelegenes und sehr rentables Geschäftshaus in Material-, Farb- und Kolonialwaaren, verbunden mit einer zweckmäßig hergestellten Einrichtung für chemische und technische Fabrikate, unter sehr vortheilhaften Bedingungen sogleich aus freier Hand zu verkaufen oder zu verpachten.

Nähere Auskunft in frankirten Briefen ertheilt die Expedition dieser Zeitung.

Z.k.426. Karlsruhe.

Apotheke,

eine, eines freundlichen, an der Eisenbahn gelegenen Landstädtchens wird zu verkaufen gesucht. Näheres bei **Gebrüder Jost** in **Karlsruhe.**

Z.k.467. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.k.373. Bruchsal.

Empfehlung.

Bei Kaufmann **Karl Franz** in **Bruchsal** sind noch 100 Zentner schönes **Seegras** zu billigem Preis zu haben.

Schon am 1. Juli 1864
findet die große Ziehung des
Kais. Kön. Oesterr. Eisenbahn- und Dampfschifffahrts-Anlehens
statt, welches in seiner Gesammtheit folgende Haupttreffer enthält:
fl. 250,000, 200,000, 150,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,500 ꝛc. bis abwärts **fl. 120** niedrigster Gewinn.

1 Loos-Certificat zur obigen Ziehung giltig ist durch unterzeichnete Staatseffekten-Handlung à fl. 3. pr. Stück — fl. 15. pr. 6 Stück — gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß zu beziehen.

Gefällige Aufträge hierauf werden prompt ausgeführt und den Betheiligten die Ziehungslisten unentgeldlich zugesandt. Man beliebe sich daher baldigst zu wenden an

Adolf Beuschl
Z.k.508. in **Frankfurt a. M.**

Z.k.502. Baden.

Fahrnißversteigerung.

Aus dem Nachlaß des verstorbenen Herrn Geh. Hofraths Dr. Gugert werden am **16., 17.** und **18. d. Mts.**, von Morgens ½9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, im Hause Stephanienstraße Nr. 394 gegen baare Zahlung nach erfolgtem Zuschlag versteigert:

Ca. 130 Oelgemälde, Kupferstiche und Lithographien, 8 Kanapee's, 1 Sekretär, 6 Kommoden, Etagères, Fauteuils, verschiedene Tische, 5 Spiegel, feine Porzellan- und Glaswaaren, Bronze- und sonstige Gegenstände, Leuchter, Lampen, Lüstres, 4 Pendules, Schreibzeuge u. d. gl.; wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß am ersten Tag Morgens ½9 Uhr mit den Oelgemälden, Kupferstichen und Lithographien angefangen wird.

Baden, den 13. Juni 1864.

C. Dürr sr.,
Waisenrichter.

Z.i.212. Nr. 6265. Karlsruhe.

Fahrnißversteigerung.

Aus dem Nachlasse der dahier verstorbenen Fräulein Louise Michaeli werden die vorhandenen Fahrnisse, und zwar am

Montag den 20. Juni d. J.:
Gold, Silber, Frauenkleider;
Dienstag den 21. d. M.:
Bett- und Leingeräthe, Küchengeschirr und verschiedener Hausrath;
Mittwoch den 22. d. M.:
Schreinwerk und allerlei Hausrath,

jeweils Vormittags 9 und Nachmittags 2 Uhr anfangend, in ihrer Wohnung — Spitalstraße Nr. 53 — gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Karlsruhe, den 11. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
B. V. d. A.-R.:
Goldschmidt.

J. Schuler.

Z.i.201. Mannheim.

Hausversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung wird das dem Eisenhändler Max Fuld junior dahier gehörige, im Stadtquadrat Litera H. 4 Nummer 4 dahier gelegene Wohn- und Magazingebäude am

Donnerstag den 14. Juli d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

in dem Rathhaus dahier öffentlich versteigert werden, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis von 5000 fl. oder mehr geboten wird.

Die Versteigerungsbedingungen können bei dem unterzeichneten Notar zu jeder Zeit eingesehen werden.

Mannheim, den 11. Juni 1864.

Notar **Issel.**

Z.k.498. Stuttgart.

Pflanzen- ꝛc. Verkauf.

Auf dem Landhause des kürzlich gestorbenen Oberstkammerherrn Generallieutenant ꝛc. Freiherrn von Spitzenberg Excellenz werden am

Samstag den 18. d. Mts.,
von Vormittags 9 Uhr an,

gegen baare Bezahlung im öffentlichen Aufstreich verkauft werden:

I. Pflanzen:
250 Stück Camellien in der Höhe von 2 bis 10 Fuß;
2 Camellien (Spaliere);
60 Stück indische Azaleen, 1 bis 4 Fuß hoch;
170 Stück Neuholländerpflanzen;
100 Stück Orchideen in Holzkästen;
50 Stück Saftpflanzen, meistens Cacteen;
2 Stück Agapanthus in Kübel;
2 Oleander in Kübeln und 5 dto. in großen Töpfen;
2 Orangenbäume in Kübeln u. 12 dto. in Töpfen;
20 Rhododendron, diverse Sorten;
verschiedene der schönsten Sorten Stanhopien, Maxillarien, Epidendron ꝛc.

Endlich eine größere Parthie sonstige Kalthauspflanzen und Schlinggewächse.

Sämmtliche Pflanzen sind in gesunden und schönen Exemplaren vorräthig.

II. Töpfe:
ca. 600 Stück 3 — 12zöllige Töpfe.

Stuttgart, den 11. Juni 1864.

Stadtgerichts-Notar
Bischoff.

Z.k.520. Philippsburg.

Faselversteigerung.

Bis Donnerstag den 16. d. M., Morgens 10 Uhr, wird in dem städtischen Faselhofe dahier ein fetter Rindsfasel gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Philippsburg, den 11. Juni 1864.

Bürgermeisteramt.
Woll.

vdt. Hildenstab.

V.886. Nr. 10,042. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Unter Bezugnahme auf die diesseitige Bekanntmachung vom 4. Juni l. J., Nr. 9662, wird verkündet: Der Karoline Halphen, geb. Ettlinger hier, ist bei Abwesenheit ihres Ehemannes Alexander Halphen die gerichtliche Ermächtigung zum Betrieb ihres Putzmachergeschäfts ertheilt worden. Bei Abschluß des Ehevertrags zwischen Karoline Halphen vom 16. April 1844 haben die beiden Gatten für ihre ehelichen Güterverhältnisse das System der bewidmeten Ehe gewählt und zugleich eine Gemeinschaft der Errungenschaft bedungen.

Karlsruhe, den 9. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
v. Vincenti.

V.884. Nr. 4699. Kenzingen. (Bekanntmachung.) Zu O.Z. 56 des Handelsregisters, Firma Julius Meyer in Riegel, wurde unterm Heutigen eingetragen: Ehevertrag des Weinhändlers Julius Meyer in Riegel, d. d. Riegel, den 19. April 1864, mit Maria Binz von da, wornach die Brautleute nur je die Summe von 100 fl. in die Gütergemeinschaft einwerfen, alles Uebrige für Liegenschaft erklären. Kenzingen, den 7. Juni 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Himmel.

Z.i.171. Nr. 9244. Mannheim. (Bekanntmachung.) Der großh. Fiskus hat auf Grund der L.R.S. 767 und squ.

um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses der Susette Louise Dörr von hier gebeten, da sich keine näheren Erben gemeldet haben.

Dies wird mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß dem Gesuch entsprochen wird, wenn

innerhalb 3 Monaten

keine Einsprache dagegen erfolgt.

Mannheim, den 4. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Chelius.

Z.i.165. Nr. 2129. Gernsbach. (Erbvorladung.) Amand und Johanna Gerstner, wie auch Anton Gerstner von Weissenbach, unbekannt wo in Amerika abwesend, sind zur Erbschaft ihrer verstorbenen Mutter, der Josef Gerstner's Wittwe, Theresia, geborne Karcher, von Weissenbach, berufen.

Dieselben oder ihre Rechtsnachfolger werden hiemit aufgefordert, sich

binnen 3 Monaten,

von heute an, zur Empfangnahme ihres Erbtheils dahier zu melden, andernfalls die Erbschaft Denen zufiele, denen sie zugefallen wäre, wenn sie, die Vorgeladenen, z. Z. des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätten.

Gernsbach, den 7. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Vollrath.

Kirchgeßner,
Notar.

Z.i.216. Nr. 10,081. Karlsruhe. (Aufforderung und Fahndung.) Johann Kiefer von Jöhlingen, lediger Fabrikschmied, 28 Jahre alt, ist der Fälschung dreier Privaturkunden und eines damit in fortgesetzter That zum Nachtheil des Lammwirths May, Deutschhofwirths Schaber und Straußwirths Ziegler von hier verübten Betrugs, im Gesammtbetrag von 11 fl. 6 kr., angeschuldigt. Derselbe hat sich von hier entfernt und ist in seinem Heimathsort nicht aufzufinden, weßhalb er auf diesem Wege aufgefordert wird, sich

binnen 14 Tagen

diesseits zu stellen, widrigenfalls Erkenntniß nach Lage der Akten ergeht. Im Betretungsfall bitten wir, denselben anher abzuliefern.

Signalement: Statur, groß; Bart, schwarz; trägt einen schwarzen Tuchrock mit Sammetkragen.

Karlsruhe, den 11. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
v. Blittersdorff.

Frank.

Z.i.200. Nr. 11,200. Mosbach. (Aufforderung und Fahndung.) Der Eisenbahnarbeiter Roveder Domenico aus Porgine (Welschtirol) ist dahier wegen Körperverletzung angeschuldigt und hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen. Demselben wird aufgegeben, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, widrigenfalls lediglich nach Lage der Akten erkannt würde. Auch ersuchen wir sämmtliche Polizeibehörden, denselben im Falle seines Betretens mit Zwangspaß hieher zu weisen.

Signalement.

Größe, 6'; Gestalt, schlank; Gesicht, länglich; Bart, blond; Augen, bläulich; Haare, dunkelblond.

Mosbach, den 7. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hirschhorn.

Z.i.169. Nr. 6059. Lahr. (Straferkenntniß und Fahndung.) Da Jäger Michael Gaßmann von Schutterzell der diesseitigen Aufforderung vom 26. März l. J., Nr. 3500, keine Folge geleistet hat, so wird er nunmehr in die angedrohte Geldstrafe von 1200 fl. und in die Kosten verfällt, sowie seines Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt. Die Fahndung auf denselben wolle fortgesetzt werden.

Lahr, den 2. Juni 1864.

Großh. bad. Oberamt.
Eccard.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.